

Allgemeine Geschäftsbedingungen für internationale Data-Quality-Lösungen als Dienstleistung über das Rechenzentrum der Uniserv GmbH

A. Allgemeinen Bedingungen, die unseren Dienstleistungen, insbesondere

- Rechenzentrumsleistungen,
- Schulungen,
- Beratung,
- Unterstützung bei Installation und Integration überlassener Software,
- Einstellung bzw. Parametrierung überlassener Software

zugrunde liegen, ergänzt durch

B. Spezielle Bedingungen für Rechenzentrumsleistungen

Präambel

Die Deutsche Post Adress GmbH & Co. KG (nachfolgend „Post Adress“ oder „wir“ genannt) verfügt aufgrund eines Kooperationsvertrages mit der Uniserv GmbH (nachfolgend „Uniserv“ genannt) über ein eigenes Vermarktungsrecht an den in diesen AGB aufgeführten Dienstleistungen. Im Rahmen der Leistungserbringung wird Uniserv als Erfüllungsgehilfe von Post Adress tätig.

A. Allgemeine Bedingungen

1. Geltungsbereich

- 1.1. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich. Soweit diese keine Regelungen enthalten gilt das Gesetz. Entgegenstehenden oder zusätzlichen Bedingungen des Vertragspartners wird widersprochen. Sie gelten nur, wenn wir uns schriftlich und ausdrücklich mit ihnen oder Teilen davon einverstanden erklärt haben. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch dann, wenn unsere Leistungen in Kenntnis entgegenstehender oder zusätzlicher Bedingungen des Vertragspartners vorbehaltlos erbracht werden.
- 1.2. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen im Sinne von § 310 Abs. 1 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch).
- 1.3. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch für künftige Geschäfte mit dem Vertragspartner.
- 1.4. Bei einer Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden wir dies dem Vertragspartner schriftlich oder auf elektronischem Weg mitteilen. Der Vertragspartner hat daraufhin die Möglichkeit, innerhalb von 6 Wochen den Änderungen zu widersprechen. Bei einem Widerspruch gelten die bisherigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen fort. Der Vertragspartner erhält einen deutlichen Hinweis auf die Änderungen, diese werden konkret angezeigt.

2. Vertragsleistungen

- 2.1. Wir erbringen unsere Vertragsleistungen (Dienstleistungen) grundsätzlich auf der Basis des gesetzlichen Dienstvertragsrechts, insoweit in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen nichts Abweichendes geregelt ist. Wir schulden danach die vertraglich vereinbarten Leistungen als solche, nicht hingegen den Eintritt eines bestimmten Leistungserfolges. Der Vertragspartner trägt die Projekt- und Erfolgsverantwortung.
- 2.2. Unsere Dienstleistungen ergeben sich ausschließlich und abschließend aus den Leistungsbeschreibungen der Vertragsunterlagen (insbesondere Angeboten und Auftragsbestätigungen nebst Anlagen). Andere Beschreibungen unserer Vertragsleistungen, öffentliche Äußerungen, Anpreisungen und Werbung beinhalten keine vertragsgemäß geschuldeten Dienstleistungen.

3. Reisezeiten und Reisekosten

Reisezeiten, Reise- und Übernachtungskosten werden nach Aufwand berechnet.

4. Vertragserfüllung durch Dritte

Wir sind berechtigt, unsere Verpflichtungen - mit Ausnahme unserer Rechenzentrumsleistungen - aus den mit uns abgeschlossenen Verträgen auch durch Dritte erfüllen zu lassen.

5. Zahlungsbedingungen

- 5.1. Die Mehrwertsteuer wird in der jeweils gesetzlich vorgeschriebenen Höhe zusätzlich in Rechnung gestellt.

- 5.2. Die Aufrechnung kann durch den Vertragspartner nur mit unbestrittenen, anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen erklärt werden. Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts ist der Vertragspartner nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

6. Kein Access-Providing

Soweit wir zur Erbringung unserer Dienstleistungen darauf angewiesen sind, dass der Vertragspartner über einen Zugang zum Internet verfügt, liegt die Verantwortlichkeit für die Bereitstellung und Verfügbarkeit dieses Zugangs ausschließlich beim Vertragspartner. Für die Ordnungsgemäßheit der Datenübermittlung über das Internet, die Freiheit der Daten/Nachrichten von Viren und Schadprogrammen, die Korrektheit der Datenübermittlung und hinsichtlich des unerlaubten Zugriffes auf die Daten durch Dritte bei der Internet-Versendung trifft uns keinerlei Haftung.

7. Haftung

- 7.1. Für Schäden haften wir gemäß den gesetzlichen Bestimmungen
- bei Vorsatz;
 - bei grober Fahrlässigkeit der gesetzlichen Vertreter oder leitenden Angestellten, wobei die Schadensersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt ist;
 - im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten bei grober Fahrlässigkeit unserer sonstigen Erfüllungsgehilfen, wobei die Schadensersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt ist;
 - im Falle der Verletzung sonstiger (nicht wesentlicher) Vertragspflichten bei grober Fahrlässigkeit unserer sonstigen Erfüllungsgehilfen, wobei die Haftung der Höhe nach entsprechend nachfolgend Ziff. 7.2, 2. und 3. Satz, beschränkt ist;
 - bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit;
 - bei Nichteinhaltung von Garantien und Arglist.
- 7.2. Wir haften nach den gesetzlichen Bestimmungen auch bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch unsere gesetzlichen Vertreter, leitenden Angestellten und sonstige Erfüllungsgehilfen. Die Haftung ist jedoch summenmäßig begrenzt auf den Auftragswert ohne Mehrwertsteuer, höchstens jedoch auf einen Betrag von EUR 100.000,00. Sie ist dem Grunde nach begrenzt auf solche Schäden, mit deren Entstehung im Rahmen unserer Dienstleistungen typischerweise gerechnet werden muss.
- 7.3. Die Haftung für Datenverlust wird auf den typischen Wiederherstellungsaufwand beschränkt, der bei regelmäßiger und gefahrenstprechender Anfertigung von Sicherungskopien eingetreten wäre.
- 7.4. Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.
- 7.5. Soweit nicht in vorstehend Ziff. 7. abweichend geregelt, ist eine weitergehende Haftung auf Schadensersatz – ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruchs – ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für Ansprüche auf Schadensersatz neben der Leistung und Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzungen sowie für deliktische Ansprüche auf Ersatz von Sachschäden gemäß § 823 BGB.
- 7.6. Die Begrenzung nach Ziff. 7.5 (i. V. m. Ziff. 7.1 – 7.4) gilt auch, soweit der Vertragspartner Aufwendungen verlangt.
- 7.7. Soweit die Haftung uns gegenüber ausgeschlossen oder eingeschränkt ist, gilt dies auch im Hinblick auf die persönliche Schadensersatzhaftung unserer Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.
- 7.8. Die gesetzlichen Regelungen über die Beweislast bleiben durch die vorstehenden Regelungen Ziff. 7. unberührt.

8. Mitwirkungspflichten des Vertragspartners

Der Vertragspartner wird uns bei der Erbringung der vertraglichen Dienstleistungen in angemessenem Umfang unterstützen. Er wird uns insbesondere die erforderlichen Daten, Informationen und Unterlagen vollständig und rechtzeitig zur Verfügung stellen und ggf. die für unsere Leistungen erforderliche Arbeitsumgebung bei sich schaffen und aufrechterhalten.

9. Obliegenheit des Vertragspartners

Die ordnungsgemäße Datensicherung, insbesondere die regelmäßige und gefahrenstprechende Anfertigung von Sicherungskopien, obliegt dem Vertragspartner.

10. Verantwortung des Vertragspartners

Der Vertragspartner übernimmt – vorbehaltlich einer ausdrücklichen abweichenden Vereinbarung – grundsätzlich die alleinige Verantwortung für

- die Auswahl unserer Dienstleistungen sowie
- sämtliche von ihm stammende Unterlagen, Informationen und Daten.

11. Zusammenarbeit

Der Vertragspartner wird Informationen, Wünsche und Vorgaben wegen der zu erbringenden Dienstleistungen ausschließlich den von uns benannten verantwortlichen Ansprechpartnern übermitteln.

12. Textform

Ist durch diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorgeschrieben, dass Erklärungen schriftlich zu erfolgen haben, so ist Textform maßgeblich, d.h. die Erklärung kann per Post oder Fax übermittelt werden; ausreichend ist aber auch eine am Computer abgefasste und per E-mail zugeleitete Erklärung.

13. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anzuwendendes Recht, salvatorische Klausel

13.1. Vorbehaltlich besonderer Vereinbarung ist Erfüllungsort ausschließlich unser Geschäftssitz.

13.2. Ist der Vertragspartner Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist Gerichtsstand für alle Verpflichtungen aus und in Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis – auch für Wechsel und Schecksachen – unser Geschäftssitz oder nach unserer Wahl auch der Sitz des Vertragspartners. Vorstehende Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch gegenüber Vertragspartnern mit Sitz im Ausland.

13.3. Für alle Rechte und Pflichten aus und in Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis kommt ausschließlich und ohne Rücksicht auf kollisionsrechtliche Regelungen das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UNKaufrechts (CISG: Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980) zur Anwendung.

13.4. Sollte eine Bestimmung in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder eine Bestimmung im Rahmen sonstiger Vereinbarungen zwischen uns und dem Vertragspartner unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit aller sonstigen Bestimmungen oder Vereinbarungen nicht berührt.

B. Spezielle Bedingungen für Rechenzentrumsleistungen

1. Vertragsgegenstand

1.1. In unserem Service-Rechenzentrum werden vom Vertragspartner überstellte Anschriften mit den uns zur Verfügung stehenden Prüf- und Bereinigungsprogrammen („Programme“) verarbeitet. Unsere vorbenannten Programme sind zum Teil gestützt auf Daten bzw. Dateien von Fremdanbietern. Für die Fehlerfreiheit, Vollständigkeit und Aktualität vorbenannter Daten und Dateien können wir keine Haftung übernehmen. Dies trifft auch auf die Verfügbarkeit und den Aktualisierungstermin zu. Speziell für Programme, die auf Grund von Näherungsverfahren (Ähnlichkeitsalgorithmen) eine Problemlösung liefern, gilt folgendes:

Diese Programme können nur im Rahmen gewisser Wahrscheinlichkeiten logisch richtige Ergebnisse liefern. Derartige Verfahren ermöglichen auch eine Zuordnung von Informationen in den Fällen, in denen die Schlüsselinformationen, über die eine Zuordnung erfolgen soll, nicht zeichenidentisch sind, wie dies übliche Datenverarbeitungsverfahren erfordern.

1.2. Die Näherungsverfahren sind notwendig, um Unterschiede in der Erfassungsqualität, den verschiedenen Adressquellen, dem unterschiedlichen Aktualisierungsgrad sowie verschiedene Darstellungsformen, unvollständige Daten, Abkürzungen, etc. auszugleichen. Die Näherungsverfahren wurden und werden nach Gesichtspunkten entwickelt, die sich an der Menge der üblicherweise korrekten Entscheidungen orientieren, d. h. die Wahrscheinlichkeit für das Erreichen einer bestimmten Ergebnisqualität hängt bei Verwendung von Näherungsverfahren u. a. von den gewählten Parametern oder der zugrundeliegenden Datenstruktur bzw. dem Inhalt der Daten ab. Dies führt zu dem Ergebnis, dass in einer konkreten Anwendung immer Fälle auftreten können, die bei einer manuellen Entscheidung anders entschieden worden wären. Abweichungen zwischen einer möglichen manuellen Zuordnungsentscheidung und einer tatsächlich getroffenen maschinellen Zuordnungsentscheidung sind vom Vertragspartner hinzunehmen. Eine Änderung der Zuordnungsalgorithmen, die auf Ähnlichkeiten bzw. Näherungsverfahren basieren, kann durch den Vertragspartner von uns nicht verlangt werden.

1.3. Die von uns eingesetzten Programme stellen geistiges Eigentum und wesentliches Betriebs-Know-How von Uniserv dar. Wir bzw. Uniserv behalten uns diesbezüglich sämtliche Rechte insoweit vor, als sie nicht auf Grund ausdrücklicher Vereinbarung, nach Sinn und Zweck der Dienstleistungsverträge oder Gesetz dem Vertragspartner eingeräumt werden.

2. Prüfungs- und Rügepflicht des Vertragspartners

2.1. Der Vertragspartner ist verpflichtet, unsere Rechenzentrumsleistungen unverzüglich nach Erbringung, soweit dies nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist, auf Vertragsgemäßheit zu überprüfen. Fehler, die hierbei festgestellt werden oder feststellbar sind, müssen uns unter detaillierter Beschreibung unverzüglich (spätestens innerhalb von fünf Werktagen) ab Erbringung unserer Rechenzentrumsleistungen schriftlich gemeldet werden.

2.2. Fehler, die im Rahmen der beschriebenen ordnungsgemäßen Prüfung nicht feststellbar sind, müssen innerhalb von acht Werktagen nach Entdeckung unter Einhaltung der in Ziff. 2.1 dargelegten Rügeanforderungen gerügt werden.

2.3. Bei einer Verletzung der Untersuchungs- und Rügepflicht gelten unsere Rechenzentrumsleistungen in Ansehung der insoweit betroffenen Fehler als genehmigt, d. h. der Vertragspartner ist insoweit weder zur außerordentlichen Kündigung des mit uns abgeschlossenen Vertrages noch zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen berechtigt.

3. Nachbesserungsrecht

- 3.1. Wird eine Rechenzentrumsleistung fehlerhaft (Fall der Schlechtleistung) erbracht, so haben wir das Recht (nicht die Verpflichtung), diese Leistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen.
- 3.2. Machen wir von vorbenanntem Nachbesserungsrecht Gebrauch, bleiben unsere Nachbesserungsversuche jedoch innerhalb angemessener Frist erfolglos, so ist der Vertragspartner zur außerordentlichen fristlosen Vertragskündigung berechtigt, falls uns die vertragsgemäße Erbringung der Rechenzentrumsleistung aus von uns zu vertretenden Gründen auch innerhalb einer vom Vertragspartner ausdrücklich zu setzenden angemessenen Nachfrist in wesentlichen Teilen nicht gelingt. In diesem Fall haben wir Anspruch auf Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung auf Grund des Vertrages erbrachten Leistungen. Die Vergütung entfällt nur für solche Leistungen, für die der Vertragspartner innerhalb von vier Wochen nach Erklärung der Kündigung nachweist, dass sie für ihn nicht nutzbar und ohne Interesse sind.
- 3.3. Etwaige Schadensersatzansprüche richten sich nach B. I. Ziff. 2. (Rügepflicht) i. V. m. A. Ziff. 7. (Haftung).

4. Verantwortung des Vertragspartners

- 4.1. Der Vertragspartner bleibt stets „Herr der Daten“, d. h. wir führen nur eine Datenverarbeitung im Auftrag aus. Der Vertragspartner übernimmt – vorbehaltlich einer ausdrücklich abweichenden Vereinbarung – grundsätzlich die Verantwortung für seine Daten und deren Übermittlung an uns.

5. Datenübernahme

Der Vertragspartner wird uns die zu bearbeitenden Daten auf Datenträgern mit üblichen Formaten in elektronischer Form gespeichert unter Angabe der für eine Einlesung erforderlichen Kenndaten (zu Formaten/Blocklängen oder Ähnlichem) zur Verfügung stellen. Der Vertragspartner kennzeichnet und benennt Daten und Listen, die er von weiteren Dateneigentümern zur Weiterverarbeitung anliefert und/oder anliefern lässt.

6. Überlassung der Rechenzentrumsleistungen

Wir überlassen das Ergebnis unserer Rechenzentrumsleistungen dem Vertragspartner per SFT P.

7. Vergütung, Zahlungsmodalitäten

- 7.1. Vorbehaltlich besonderer Vereinbarung sind Zahlungen innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum ohne Abzug frei unserer Zahlstelle zu leisten. Die Zahlung ist nur bewirkt, sobald und insoweit wir über den Betrag endgültig verfügen können.
- 7.2. Ist eine Zahlung nicht innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum geleistet, kommt der Vertragspartner ohne weitere Erklärung unsererseits in Verzug. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Regelungen betreffend die Folgen des Zahlungsverzugs.

8. Vertragslaufzeit und Kündigungsfristen

- 8.1. Die Laufzeit des Vertrages richtet sich nach der Vereinbarung in der Auftragsbestätigung.
- 8.2. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger, uns zur außerordentlichen Kündigung berechtigender Grund liegt insbesondere vor, wenn
 - der Vertragspartner mit der Zahlung der Vergütung um mehr als einen Monat in Verzug ist,
 - der Vertragspartner in Vermögensverfall gerät, für den Vertragspartner ein Insolvenzverfahren beantragt oder mangels Masse abgelehnt worden ist oder eine Löschung oder Liquidation des Vertragspartners im Handelsregister beantragt oder eingetragen worden ist,
 - der Vertragspartner wesentliche Vertragspflichten mehrfach oder grob verletzt.